

## Tagsüber studieren und lernen, nachts Cocktails schütteln

Viele Studierende und  
Auszubildende stehen  
unter finanziellem Druck



**L**otte Lange\* ist 26 Jahre jung, aber ihr Lebenslauf ist gut gefüllt: Die Berliner hat nach dem Abitur ein Freiwilliges Soziales Jahr absolviert, dann einen Bachelor in Sozialer Arbeit und einen Master in Interkulturellem Konfliktmanagement – auf Spanisch – abgeschlossen. Nun folgt die Promotion. Lotte hat nicht nur engagiert studiert, sondern ebenso intensiv gearbeitet. Ihr Einkommen reichte nicht aus, elterliche Unterstützung war leider nicht möglich: Sie hatte einen Minijob bei pro familia, war Servicekraft im Catering und Hostess bei der Berlinale, Mitarbeiterin in einem Jugendverband und einer Jugendeinrichtung. Die Kosten für ihr Masterstudium – 8.000 Euro – verdiente sie sich mit Nachschichten in einem Frauenobdach. „Wenn es ruhig war, habe ich für die Uni gelernt“, schildert sie und meint, „so machen es viel Studierende. 100 Prozent Mischfinanzierung, immer zu wenig Zeit und manchmal kurz vorm Burnout.“

So beschreibt die 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) die 2,85 Millionen Studierenden in Deutschland: Sie sind durchschnittlich

24,7 Jahre alt, haben 918 Euro im Monat zur Verfügung und studieren Vollzeit, rund 33 Stunden pro Woche und arbeiten 9 Stunden, um ihr Einkommen aufzubessern. Mittlerweile gehen 68 Prozent aller Studierenden einem Nebenjob nach, nur noch 18 Prozent bekommen BAföG, und die Eltern geben heute doppelt so viel Geld dazu, wie noch vor sechs Jahren: im Durchschnitt 501 Euro im Monat. Fazit: Der finanzielle Druck auf junge Menschen im Studium und auf ihre Eltern nimmt zu.

### Miete frisst Budget auf

Fast ein Drittel der Studierenden muss mit weniger als 700 Euro im Monat auskommen. Rein rechnerisch geben Studierende bundesweit alleine schon

für ihre Miete 323 Euro aus. Und ein Realitätscheck in Groß- und traditionellen Universitätsstädten zeigt, dass es eher 400 Euro und mehr für ein WG-Zimmer sind. Auch wenn 2016 nach sechs Jahren ohne Aufstockung der BAföG-Höchstbetrag von 670 auf 735 Euro erhöht wurde, haben aufgrund von Preissteigerungen die BAföG-Berechtigten de facto weniger Einkommen als noch vor sieben Jahren.

Je 435 Euro Miete zahlen zum Beispiel Johanna Esperanza, Studentin der Gesellschafts- und Kommunikationswissenschaften, und Elli Aubel, Studentin der Ethnologie und Kunstgeschichte. Die 23-Jährigen teilen sich eine Wohnung in Berlin-Neukölln und arbeiten

beide in einer Bar, zweimal die Woche und nachts. Johanna ist zudem als wissenschaftliche Hilfskraft an der Uni tätig. Sie wie auch Elli haben nun um die 900 bis 1.000 Euro im Monat zur Verfügung. Aber Johanna hatte zwei Jahre lang nur 710 Euro in der Kasse. Auf eine kostspielige Creme für ihre Neurodermitis verzichtete sie genauso wie auf Auslandsreisen oder Essen gehen, neue Kleidung war ebenfalls ein Tabu.

Kein Wunder, dass fast jeder fünfte Studierende bei Eltern oder Verwandten wohnt, um Miet- und Lebenshaltungskosten zu sparen und entspannter studieren zu können. Das Deutsche Studentenwerk fordert, dass über einen Bund-Länder Hochschulpakt mehr preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden muss, auch, dass die BAföG-Bedarfssätze und die Eltern-Freibeträge kräftig erhöht werden, um Studierende zu entlasten.

#### Ein Leben am Existenzminimum

Und wie sieht die Lage bei den Auszubildenden aus? Stehen die 1,32 Millionen in Deutschland finanziell besser da? Weit gefehlt, kann Kati Schmidt berichten. Die 33-Jährige hat 2016 eine dreijährige, außerbetriebliche Vollzeitausbildung zur Physiotherapeutin an der staatlichen Charité Gesundheitsakademie in Berlin begonnen. Dafür zahlt sie 160 Euro Solidarbeitrag im Monat und das ist im Vergleich zu Ausbildungsgängen an privaten Schulen für Gesundheitsberufe günstig. „Die zahlen um die 350 Euro“, erzählt sie. Sie selbst muss nicht nebenher arbeiten gehen, um sich zu finanzieren, da ihr Lebenspartner sie unterstützt. „Aber die meisten aus meiner Klasse hetzen nach acht Stunden Schule direkt zur Nachtschicht in einer Klinik oder in einen Club. Nacharbeit ist der einzige Job, der sich mit dem Schulalltag von 9 bis 16 Uhr in Einklang bringen lässt“, meint Kati und ist erstaunt, dass man trotz Jobben die anspruchsvolle und lernintensive Ausbildung meistert: Mehr als 200 Knochen, über 100 Gelenke und 600 Muskeln sind zu lernen, um den Abschluss zu schaffen.

**BILDUNG SCHÜTZT VOR ARMUT NICHT.**

**DREIVIERTEL ALLER ARMEN HABEN EIN MITTLERES ODER HOHES BILDUNGSNIVEAU**

17,1 Prozent der Armen haben ein hohes und 56 Prozent ein mittleres Bildungsniveau. Bildung stellt also bei dreiviertel aller Armen nicht die Ursache für ihre Armut dar.

ALS DEM PARITÄTISCHEM ARMUTSBERICHT 2018

DER PARITÄTISCHE GESAMTVERBAND

Den Armutsbericht 2018 ab sofort zum Download unter [www.paritaet.org](http://www.paritaet.org)

Natürlich gibt es betriebliche Ausbildungen, die ausreichend vergütet werden. Laut Tarif kommen durchschnittlich über alle Branchen und Regionen gerechnet, Auszubildende auf 800 Euro brutto im Monat, so die Daten des Bundesinstituts für Berufsbildung. Aber es gibt genug, die unter dem Existenzminimum leben. Zum Beispiel Friseurlehrlinge: Sie erhalten im 1. Lehrjahr nur zwischen 269 (Osten) bis 494 Euro (Westen), ebenso wenig erhalten Bäcker oder Floristen. Diese Auszubildenden können sich niemals eine eigene Wohnung, ein Leben ohne finanzielle Unterstützung leisten. So wie dieser junge Mann, der seine Situation auf einem Blog beschreibt:

„Ich mache eine Ausbildung und habe 580 Euro netto im Monat. Leider zahle ich 400 Euro Miete, fahre 40 km hin und her, das Monatsticket kostet 58 Euro, 50 zahle ich für Handy, W-LAN und einen Musikanbieter. Für Essen und Trinken bleiben mir nicht viel, für mehr nichts.“ Der junge Mann könnte versuchen, staatliche Hilfe zu bekommen, wird ihm geraten: Kindergeld, Miethilfe, BAföG, Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) oder Wohngeld. Aber für jede dieser Stützen gibt es viele Richtlinien und Auflagen: U.a. gibt es

BAB nur, wenn man deutscher Staatsbürger ist, nicht zu Hause lebt und es sich um die erste Berufsausbildung handelt. Da fallen viele durch das Netz.

#### Gewerkschaften fordern bessere Entlohnung

Deshalb kämpft die ver.di-Jugend dafür, dass eine Mindestausbildungsvergütung (MiAV) gesetzlich verankert wird. Diese soll allen Azubis ein eigenständiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Kurzum: ein Einkommen, von dem man leben kann. Der DGB fordert mindestens 635 Euro im ersten, 696 Euro im zweiten und 768 Euro im dritten Ausbildungsjahr. „Es wird Zeit für mehr Ausbildungsgerechtigkeit“, findet auch Kati. Sie gehört zu den Pechvögeln, die noch bis zum Ausbildungsende Schulgebühr zahlen müssen. Die nächste Generation nicht mehr. Denn seit Oktober 2018 ist das Schulgeld an staatlichen Schulen für Gesundheitsberufe abgeschafft. Auszubildende an privaten Schulen müssen jedoch weiterhin pendeln, zwischen Auswendiglernen von Knochen und Cocktails schütteln am Wochenende.

Verena Mörath